

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/62

Bonn, den 31. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Nicht einmal bilanzsicher</u> Zur frisierten Düsseldorfer Gesetzesbilanz der CDU/CSU	50
2	<u>Visionen und Realitäten</u> Schwierige Phase im Verhältnis Bonn - Paris Von G. Markscheffel	43
3	<u>Ein Mann des Volkes</u> Adolph Schönfelder zum 90. Geburtstag Von Rolf Obst - Hamburg	49
4	<u>Noble Geste</u> Streit um Fernsehsendung "Deutschlands Osten - Deutschlands Westen" wird beigelegt	46
5	<u>Hinter dem Waldarbeiter kam der Minister</u> Notleidende und bedürftige hohe Beamte können auf Bungalow hoffen Von Dr. Günther Müller, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten	52
6 - 7	<u>Europäisches Parlament bleibt wachsam</u> Eine große Woche in Straßburg Von Egon Heinrich, Bonn	95

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Beuenseheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günther Markscheffel

## Nicht einmal bilanzsicher

Zur frisierten Düsseldorfer Gesetzesbilanz der CDU/CSU

HB-cr. - Nach dem Rechenschaftsbericht, den die Fraktion der CDU/CSU des Bundestages dem Düsseldorfer CDU-Parteitag erstattete, sind in der vierten Legislaturperiode des Bundestages bis zum 19. März 1965 308 Gesetze verabschiedet worden; davon "allein 262 Vorlagen der Bundesregierung und der CDU/CSU-Fraktion". Die Christlichen Demokraten haben in ihrer höchst seltsamen Bilanz auch noch verzeichnet, dass lediglich sieben der verabschiedeten Gesetze auf die Initiative der SPD zurückgegangen seien. Und schliesslich wird berichtet, in den Ausschüssen des Parlaments befänden sich noch 186 Vorlagen, darunter 102 von der Bundesregierung und der CDU/CSU-Fraktion.

Die CDU/CSU weiss sehr wohl, dass ihre Bilanz einer näheren Prüfung nicht standhält. Deshalb sind die Zahlen jeweils verschleiert durch den Zusatz "Bundesregierung u n d CDU/CSU". Die grösste Fraktion kann nämlich in keiner Weise mit ihrer Aktivität imponieren, wenn sie die Tätigkeit der Ministerialbürokratie einmal aus dem Spiele lässt; sie hat in den vergangenen dreieinhalb Jahren kaum zehn Gesetzesentwürfe der Gesamtkraktion eingebracht, während die Freien Demokraten es immerhin noch auf ein rundes Dutzend fraktionsoffizieller Vorlagen bringen konnten.

Die Fraktion der SPD kann dagegen auf über 40 eigene Gesetzesvorlagen verweisen. Wenn von den Entwürfen der SPD bisher bereits sieben Gesetzeskraft erlangt haben, so ist das keineswegs die schlechteste Visitenkarte, denn schliesslich hat die Opposition zur Zeit nur rund 40 Prozent der Mandate des Bundestages, verfügt also nicht über die Mehrheit. Wenn die Opposition aber fast so viele Gesetze durchgebracht hat wie die CDU/CSU-Fraktion insgesamt im Parlament aus eigener Initiative einzubringen vermochte, so lässt sich die Bilanz der parlamentarischen Opposition durchaus sehen.

Höchstwahrscheinlich hat aber der nicht ganz bilanzsichere Fraktionsbuchhalter der CDU/CSU bemerkenswert erfolgreiche Initiativen der SPD, etwa die Präambel zum deutsch-französischen Vertrag, in die "Bilanz" gar nicht aufgenommen. Was es mit der parlamentarischen Aktivität der Christlichen Demokraten auf sich hat, zeigte sich am Beispiel des Mutterschutzgesetzes. Die SPD hatte ihren Gesetzesentwurf im Juni 1962 eingebracht, der anschliessend in den Ausschüssen beraten wurde und dann längst zur Verabschiedung reif war. Zweieinhalb Jahre n a c h der SPD arbeitete die Koalition - anhand eines Entwurfes des Gesundheitsministeriums - plötzlich einen "eigenen" Gesetzesentwurf aus, der jetzt in den Ausschüssen erneut beraten werden muss.

Dass mit den Regierungen seit Herbst 1961 nichts los war, hat sich in der Bundesrepublik längst herumgesprochen. Dass es aber um die parlamentarische Aktivität der grössten Fraktion des Bundestages nicht besser bestellt ist, lässt sich an der frisierten Bilanz von Düsseldorf ablesen. Für ein Teilgebiet - die Sozialpolitik - hat dies übrigens der der CDU angehörende Publizist Dr. Max Bestler den Unionsparteien im angesehenen Düsseldorfer "Handelsblatt" bestätigt:

"Die CDU-Sozialpolitik kommt nämlich teilweise zu spät, teilweise kommt sie h i n t e r der SPD her oder wird nicht im geistigen Zusammenhang mit einer anzustrebenden besseren inneren Ordnung unseres Staates gesehen."

+ + +

## Visionen und Realitäten

### Schwierige Phase im Verhältnis Bonn - Paris

G.M. - Als man de Gaulle 1960 einmal fragte, was er sich von einem Besuch Chruschtschows in Frankreich verspreche, antwortete der Präsident: "Man muss mit Chruschtschow als Europäer reden." Dieser Anspruch war und ist ein Programm, dessen Erfüllung de Gaulle sich zum Ziel gesetzt hat; ganz gleich, wer der jeweilige sowjetische Ministerpräsident sein mag. - Konsequenter hat de Gaulle seither bei vielen Gelegenheiten den europäischen Partnern Frankreichs, aber auch seinen Freunden in den Vereinigten Staaten, darzulegen versucht, dass "ein von den USA unabhängiges Europa" früher oder später eine "selbständige europäische Politik" entwickeln müsse. In dieses Konzept baut de Gaulle auch den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag ein; er weiss, dass "eine selbständige europäische Politik" ohne die Zustimmung der Bundesrepublik nicht möglich wäre.

Diese Haltung ist auch der Grund dafür, dass de Gaulle seine Zustimmung zu jedem weiteren Fortschritt in der wirtschaftlichen und politischen Einigung des Europa der Sechs davon abhängig macht, ob die EWG-Partner sich bereit zeigen, ihm zu folgen. Tun sie dies nicht, dann bleibt Frankreichs Staatspräsident zwar bei seinen Grundsatzklärungen zur Einigung Europas, gibt seinen Ministern jedoch die Anweisung, sich so zu verhalten, dass ein nächster praktischer Schritt nur unter grössten Schwierigkeiten möglich ist. Frankreichs Aussenminister Couve de Murville hat erst kürzlich in Rom bei den Verhandlungen über die Mai-Konferenz der Aussenminister der sechs EWG-Partner genau in diesem Sinne gehandelt.

T r o t z d e m wollen wir hoffen, dass diese Mai-Konferenz doch noch zustande kommt. Es wird Aufgabe der Diplomatie in den fünf übrigen EWG-Staaten sein, dem französischen Partner klarzumachen, dass niemand in Europa die Absicht hat, Frankreich bei seiner Aussenministerkonferenz auf die Anklagebank zu setzen. Da de Gaulle nicht nur ein Politiker grosser Visionen ist, sondern schon oft die Fähigkeit gezeigt hat, dass er Realitäten richtig einschätzen kann, bleibt noch eine Chance für das Zustandekommen der Mai-Konferenz.

Die Bundesrepublik sollte besonders aufmerksam sein. Falsch wäre es, wollte man sich in Bonn an die Lösung des hier angedeuteten Problems nur aus dem Blickwinkel des kommenden Wahltermins heranzugehen.

- \* Die deutsch-französische Verständigung ist und bleibt trotz vorübergehender Schwierigkeit einer der wichtigsten Pfeiler der europäischen Politik. Dieser Pfeiler muss ebenso stabil erhalten werden, wie die Atlantische Gemeinschaft des freien Europa mit den Vereinigten Staaten.

Formal ist dieses Prinzip von der offiziellen deutschen Politik anerkannt und auch durch einen einstimmigen Beschluss des Bundestages über die Präambel zum Elysee-Vertrag aktioniert worden. Will man diesen Vertrag und seine Präambel jedoch ernst nehmen, dann muss man sich in Zukunft davor hüten, prunkvolle Begegnungen und nichtssagende Gemeinschaftskommunikés als Ersatz für Politik gelten zu lassen.

## Ein Mann des Volkes

Adolph Schönfelder zum 90. Geburtstag

Von Rolf Obest - Hamburg

Bei den Vorbereitungsarbeiten für den Bau eines großen Verwaltungsgebäudes in der Hamburger Innenstadt fand man in den Fundamenten des alten Hauses eine Bierflasche. In dem "Buddel" steckte ein Zettel. Und der Zettel trug einen Namen: Adolph Schönfelder. Der Zimmermann "Adje" Schönfelder hatte diese "Flaschengost" in jungen Jahren hier deponiert. Als sie vor einigen Jahren an den Absender zurückging, freute er sich mächtig. Und die Hamburger wurden daran erinnert, daß ihr Präsident der Bürgerschaft, wie Hamburgs Parlament rund um den Michel heißt, als Zimmermann anfing. Adolph Schönfelder allerdings hat das in seinem ganzen Leben nie vergessen.

Wenn sich jetzt zum 90. Geburtstag, am 5. April, die Gratulanten um ihn drängeln, wird der alte Herr gewiß ein paar Worte plattdeutsch schnacken und dabei zum Ausdruck bringen, daß das alles doch wohl etwas zu viel Ehre sei für einen "ollen Timmermann"

Adolph Schönfelder gehört noch zu den letzten lebenden klassischen Gestalten der Arbeiterbewegung. Er ist ganz von "unten auf" gekommen. Als kleiner Lehrling hat er noch zwölf Stunden am Tag gearbeitet; für einen Wochenlohn von sechs Mark. Lernbegierig war der junge Schönfelder aber immer. "Als alle aus der Schule kamen und sich freuten, habe ich geweint, weil ich mich vom Lernen nicht trennen mochte" erzählt Schönfelder, wenn man ihn nach seiner Schulzeit fragt.

Der junge Zimmermann hat erst einmal gelesen und gelesen, bis er mit 23 Jahren "seinem" Verband und mit 27 Jahren der SPD beitrat. Als seine Kollegen den Dreißigjährigen in den Vorstand des "Zentralverbandes der Zimmerleute" wählten, zeigte es sich bei den Lohnkämpfen rasch, über welch' guten Nerven und welch' hellen Kopf der neue Mann verfügte.

Auf seinem weiten Lebensweg ist Adolph Schönfelder bewußt kaum über Hamburg hinausgegangen; wenn man einmal davon absieht, daß er Jahrzehnte hindurch Mitglied der Kontrollkommission beim SPD-Parteivorstand war. Selbst das Amt des Vizepräsidenten im Parlamentarischen Rat war für ihn nur ein - sehr bedeutendes - außerhamburgisches Gastspiel.

Adolph Schönfelders Wirkungsfeld war Hamburg. Hier wurde er 1919 - als Nummer 87 - in die Bürgerschaft gewählt. Hier wirkte er seit 1925 im Senat; zunächst als Bausenator, dann, ab 1926, als Polizeisenator. Und zu diesem Amt gehörten nun wirklich gute Nerven. Schönfelder und seine Polizei wurden von den Radikalinskas von rechts und links angegeifert. 1933 sperren ihn die Nationalsozialisten prompt ein und versuchten, ihn ein Landesverratsverfahren anzuhängen. Nach 1945 wurde Adolph Schönfelder noch einmal Großes abverlangt. Er mußte das geistige und politische Erbe der Arbeiterbewegung und der Weimarer Demokratie weiterreichen in eine neue Zeit. Mit siebzig Jahren, wo andere ihre Lebenserinnerungen schreiben. Als Bürgermeister gleich nach 1945 und als Präsident der Bürgerschaft seit 1946 ist sein Name mit Hamburgs geistigem und politischem Wiederaufbau untrennbar verbunden. Zu seinem Fünfundsechzigsten machten ihn die Hamburger zu einem ihrer seltenen Ehrenbürger. Und bei seinem Abschied vom Präsidentenamt, wenig vor seinem 85. Geburtstag, waren sich die Sprecher aller Parteien in der Verehrung für ihn einig. Adolph Schönfelder, Urhamburger und einer der Väter des Grundgesetzes, ist ein Mann, der sich um Stadt und Staat verdient gemacht hat.

Noble Geste

Streit um Fernsehsendung

"Deutschlands Osten - Deutschlands Westen" wird beigelegt

Jä - Im Herbst vorigen Jahres entzündete sich an dem Fernsehfilm "Deutschlands Osten - Polens Westen" ein heftiger Streit zwischen Vertriebenenverbänden und dem Hessischen Fernsehen. Vertreter der Heimatvertriebenen warfen dem Fernsehreporter Stehle mangelnde Objektivität bei der Darstellung der jetzigen Verhältnisse in den deutschen Ostgebieten vor. Prominentester Kritiker war der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Wenzel Jaksch. Intendant Werner Hess, der sich vor seinen Mitarbeitern Stehle stellte, konterte mit gleicher Schärfe. Die Öffentlichkeit nahm an dieser Auseinandersetzung regen Anteil und es fehlte dabei nicht an einseitigen Stellungnahmen, aber auch nicht an Bemühungen, diese Kontroverse beigezulegen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde in diesem Zusammenhang die Forderung an die Bundesregierung wiederholt, durch Herausgabe einer Dokumentation über die wahren Sachverhalte in den deutschen Ostgebieten eine grundsätzliche Klärung der strittigen Fragen herbeizuführen. Diese Forderung ist noch immer nicht erfüllt. Die Bundesregierung drückt sich offensichtlich um diese wichtige Aufgabe herum, wie der CDU-Vorsitzende Adenauer um das Angebot Willy Brandts, gemeinsam eine verbindliche Formel zum Münchener Abkommen festzulegen. Der SPD-Vorsitzende hatte schon im Mai vorigen Jahres an Dr. Adenauer geschrieben und ihm vorgeschlagen, die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien sollten in vertrauensvollem Zusammenwirken mit der zuständigen Landsmannschaft gemeinsam über das Münchener Abkommen sprechen, weil allen daran gelegen sein sollte, Fehldeutungen der deutschen Politik zu vermeiden.

Im Fernsehstreit hat es nun ohne Zutun der Bundesregierung eine erfreuliche Wendung gegeben. Der Intendant des Hessischen Rundfunks und ARD-Vorsitzende Werner Hess hat die Initiative ergriffen und durch eine noble Geste die Voraussetzung zur Behebung des Zwistes geschaffen. Er nahm am vergangenen Sonntag überraschend an einer Kundgebung des hessischen Landesverbandes der Vertriebenen in Fulda teil. Seine Geste wurde verstanden. Unter starkem Beifall der Kundgebungsteilnehmer würdigte der Landesvorsitzende des Vertriebenenverbandes, Landtagsvizopräsident Josef Walter, die Anwesenheit des Intendanten als den Anfang eines neuen, guten Verhältnisses zwischen dem Bund der Vertriebenen und dem Hessischen Rundfunk.

Diesem versöhnlichen Schritt soll bald ein weiterer folgen. Das Fernsehen will mit einer Sendung über die "Passion der Vertreibung" das furchtbare Geschehen vor zwanzig Jahren im Osten Deutschlands aufzeigen und damit einen Beitrag zu dem von den Heimatvertriebenen proklamierten "Jahr der Menschenrechte" leisten.

Die in Vorbereitung befindliche Sendung wie die in Fulda bewiesene Verständigungsbereitschaft sind sehr zu begrüßen. Es ist zu hoffen, dass die Geste des ARD-Vorsitzenden überall positiv gewertet wird. Nichts wäre verheerender, als wollten bestimmte politische Gruppen an dem Feuer des seinerzeit ausgebrochenen Streites um die Fernsehsendung ihr Parteistüppchen kochen.

## Hinter dem Waldarbeiter kam der Minister

Von Dr. Günther Müller

Die Großstadt München wird in wenigen Wochen eine Einwohnerzahl von 1,2 Millionen erreichen. Kein Wunder, dass die Stadtverwaltung grosse Sorgen hat, mit dem Zuwachs fertig zu werden. Im vergangenen Jahr wurden je 10 000 Einwohner 147 Wohnungen errichtet. München lag damit an der Spitze aller deutschen Großstädte. Die Wohnungsnot konnte jedoch kaum gelindert werden. Neben anderen Sorgen spielen auch die Erholungsgebiete für die ständig wachsende Großstadtbevölkerung eine Rolle. Den ersten Sturm gab es vor ein paar Wochen, als der Plan der Bayerischen Staatsregierung bekannt wurde, ein Viertel des in der Nähe von München liegenden Ebersberger Forstes abzuholzen und auf der freien Fläche einen Groß-Protonenbeschleuniger der CERN errichten zu lassen. Die letzten Mannen der Bayernpartei bliesen zum Sturm, und ein Volksbegehren soll den Plan des Ministerpräsidenten Alfons Goppel verhindern. Dr. Dr. Alois Hundhammer, der schon vor einigen Jahren den Perlacher Forst an der unmittelbaren Stadtgrenze Münchens abholzen lassen wollte, wird nun des öfteren als bayerischer Staatsminister für Landwirtschaft und Abforsten bezeichnet.

Ein Kummer kommt selten allein. Die aufgeschreckte Öffentlichkeit betrachtet nun die Ereignisse um München mit kritischen Augen. Plötzlich stellte man fest, dass im Süden Münchens in der Nähe von Gauting im Kreuzlinger Forst offensichtlich ein neues Regierungsviertel im Entstehen ist.

Vor nicht allzulanger Zeit entdeckte die Staatsforstverwaltung ihr soziales Herz. Es gelang ihr, die Gemeinde Gauting zu überzeugen, dass für die brennende Wohnungsnot der Waldarbeiter etwas getan werden müsse. Getreu der Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung soll für die Waldarbeiter ein krisenfestes Eigentum geschaffen werden. Ein Teil des Forstes wurde abgeholzt und bald konnte 1 (in Worten: ein) Waldarbeiter 1 000 qm Grund sein Eigen nennen. Dieser Pionier siedelt heute von komfortablen Villen umgeben in einer Baracke. Zu mehr reichte es bei den hohen Baupreisen nicht, und selbst um die Baracke zu ermöglichen, musste er sich wieder von 500 qm trennen.

Auf den übrigen Parzellen des abgeholzten Forstes haben sich inzwischen ausschliesslich Forsträte, Oberstudienräte, Oberregierungsräte und ähnliche Bedienstete des bayerischen Staates angesiedelt. Komfortable Villen und Bungalows in einmalig ruhiger Lage sichern einen ruhigen Schlaf. Man spricht von einer neuen Prominentengetto, das im Landkreis München entsteht. Die Vorteile für die Glücklichen sind nicht von der Hand zu weisen. Während der ortsübliche Kaufpreis in dieser Gegend 30 - 100 DM pro Quadratmeter beträgt, brauchen die Herren Beamten nur 20 DM zu bezahlen. Auch die politische Farbe der Glücklichen in dieser grünen Landschaft soll einen sehr dunklen Farbton haben. Kein Wunder, dass das Interesse an diesen Bauplätzen zunimmt und sich die Gesuche um Zuteilung eines Staatsgrundstückes häufen.

Nach Auskunft der Ministerialforstabteilung werden die Wohnungsgesuche gesammelt und geprüft, bei der Zuteilung kommt es dann auf Notlage und Bedürftigkeit an. Notleidende und Bedürftige dürfen dann ein schönes Baugrundstück erwerben und darauf eine Villa bauen. Da es den Arbeitern, besonders den Waldarbeitern, heute sowieso so gut wie nie zuvor geht, bleiben sie bis auf die (bedauerliche, sagen die Villenbesitzer) Baracke des "Pioniers" unberücksichtigt. Zu den Notleidenden gehört als neuer Bauherr seit ein paar Wochen auch Kultusminister Dr. Ludwig Huber.

## Europäisches Parlament bleibt wachsam

### Eine grosse Woche in Strassburg

Von Egon Heinrich, Bonn

Strassburg, nach den Fusionsbeschlüssen der EWG neben Brüssel und Luxemburg eine der drei provisorischen Europa-Hauptstädte, war in der vergangenen Woche Schauplatz einer eintägigen Debatte des Europäischen Parlaments über die "Probleme der politischen Einheit Europas und seinen Platz im Atlantischen Bündnis". Tage zuvor hatte die EWG-Kommission Vorschläge zur Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments bei der Festlegung des EWG-Haushalts bekanntgegeben. Damit ist die Brüsseler Kommission einer alten Forderung der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments nachgegeben, von ihrem Vorschlagsrecht an den Ministerrat auch zugunsten des Parlaments Gebrauch zu machen. Die Kommission legte ausserdem ihre Pläne zur Finanzierung des EWG-Agrarfonds vor. Danach sollen vom 1. Juni 1967 - dem Termin des Inkrafttretens des gemeinsamen Getreidepreises und damit des gemeinsamen Agrarmarktes - die Abschöpfungen bei Agrareinfuhren aus Drittländern in die EWG-Kasse fliessen. Das Gleiche soll mit den gewerblichen Zöllen nach Einführung des gemeinsamen Aussen tariffs geschehen. Spötter sprechen daher in Anlehnung an den deutschen Julius-Turm bereits von einem Mansholt- bzw. Hallstein-Turm.

### Gemeinsame Aussenpolitik - gemeinsame Verteidigung

Die 342 Europa-Parlamentarier nutzten die Chance, ihre Meinung zu den aktuellen Ereignissen klar zu sagen. Sie hatten einen grossen Tag. Die Reden zeigten hohes Niveau und viel Temperament. In einer auf Initiative des niederländischen Sozialisten Vredeling eingebrachten Entschliessung wird die Schaffung von Eigenmitteln für die EWG nur dann gebilligt, wenn das Europäische Parlament diejenigen Befugnisse zur Festsetzung der Einnahmen und Ausgaben erhält, die den nationalen Parlamenten verlorengehen. Ausserdem wird eine baldige gemeinsame Handelspolitik der EWG gefordert.

Wie schon in der Januar-Debatte, so forderte das Europa-Parlament in einer Entschliessung auch diesmal regelmässige Zusammenkünfte der Staats- und Regierungschefs, der Kultur-, Aussen- und Verteidigungsminister "zur Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses in den Bereichen der Kultur-, Aussen- und Verteidigungspolitik". Durch dieses Treffen dürfe jedoch den Verträgen von Rom und Paris sowie der Tätigkeit und den Befugnissen der drei bestehenden Gemeinschaften und Institutionen kein Abbruch getan werden. Von grossem Gewicht ist die Tatsache, dass in der Resolution zur politischen Einigung "die Schaffung eines föderativen und demokratischen Europas" verlangt wird. Weiter heisst es: "dass es kein föderatives System ohne eine gemeinsame Aussenpolitik und ohne eine gemeinsame Verteidigung Europas als gleichberechtigter Partner der Vereinigten Staaten im Atlantischen Bündnis geben kann."

### Gaullisten wollen "von der USA unabhängiges Europa"

Angesichts der von den Gaullisten im Strassburger Europa-Haus gegen die USA gestarteten Breitseiten kommt diesem Passus der Resolution erhöhte Bedeutung zu. Die beiden Gaullisten de Lipkowski und de la Malène plädierten mit Leidenschaft für eine "europäische Nation unabhängig von den Amerikanern" und kritisierten die US-Politik in Europa und Vietnam.

Amerika wurde als "eine ausländische Schutzmacht" bezeichnet. Es war der unbestreitbare Höhepunkt der Debatte, als die drei Sozialisten Radoux und Dehoussé (Belgien) und Kapteyn (Niederlande) sowie der französische Radikalsozialist Maurice Faure mit den Gaullisten scharf abrechneten. Für sie sind die USA keine ausländische Schutzmacht, sondern ein Partner; es gehe darum, wie man gemeinsam Entscheidungen treffen könne. Radoux stellte klar, dass eine Lösung der deutschen Frage ohne Beteiligung der USA unmöglich sei. Europa allein sei für die Sowjetunion gleichrangiger Verhandlungspartner. Für Kapteyn ist die Wiedervereinigung Deutschlands eine Aufgabe der vier Siegermächte, die auf dem Wege des Selbstbestimmungsrechte für ganz Deutschland gelöst werden muss; er warnte vor einer eigenen europäischen Atomstreitmacht, die dazu führen müsse, dass Deutschland im Kriegsfall das Hauptschlachtfeld werde.

Deutlicher als je standen sich in dieser Debatte die gaullistische und die atlantische Konzeption der europäischen Außen- und Militärpolitik gegenüber. Deutlicher als jemals zuvor waren aber auch die fünfzehn Gaullisten, die erst im Januar den Fraktionsstatus erhalten hatten, in der politischen Isolation. Die Gaullisten waren denn auch die einzigen, die ihrem Außenminister Couve de Murville, der z.Zt. Präsident des EWG-Ministerrates ist, ungeteilten Beifall zollten.

#### Bessere Beziehungen EWG - Israel

Unter Leitung des Generals und früheren Landwirtschaftsministers Mosche Dayan besuchte in der vergangenen Woche eine Delegation des israelischen Parlaments das Strassburger Europa-Parlament und die EWG-Behörden in Brüssel. Im Verlauf zahlreicher Gespräche mit dem Präsidenten der EWG-Kommission, Professor Hallstein, und mit Abgeordneten des Europa-Parlaments wurden die Beziehungen zwischen der EWG und Israel behandelt. Im Plenarsaal des Strassburger Europa-Hauses nahmen die Israelis an einer Sitzung mit den Mitgliedern des politischen, des Außenhandels-, des Landwirtschafts- und des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments teil. Als Zuhörer verfolgten die israelischen Abgeordneten sodann die Debatte des Europäischen Parlaments über die Beziehungen zwischen der EWG und Israel. In einer Resolution fordern die 142 Europa-Parlamentarier bessere Beziehungen zu Israel und die Ablösung des Handelsabkommens durch ein Assoziierungsabkommen. Das im Juni 1964 abgeschlossene Handelsabkommen sei sehr bescheiden. Die Abstimmung über diese Entschliessung wurde zurückgestellt, bis die deutschen Abgeordneten von der Abstimmung über die Verjährungsfrist im Deutschen Bundestag nach Strassburg zurückgekehrt waren. Im Hintergrund der Beziehungen EWG-Israel steht das Problem der Zitrusfrüchteproduktion im Mittelmeerraum. Hier treten Italien, Israel, Spanien und die Maghreb-Länder als Konkurrenten auf dem EWG-Markt auf. Der Maghreb versucht z.Zt. ebenfalls energisch, durch eine Assoziierung mit der EWG Zollpräferenzen einzuhandeln. Es könnte sich daher die gleiche Situation wie in der deutschen Nahost-Politik ergeben.